

Deutscher Gewerkschaftsbund NRW
14. September 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zur Vorstellung der Studie „Investieren jetzt!“.

Neben mir sitzt Torsten Windels von der Forschungsgruppe für Strukturwandel und Finanzpolitik. Er wird Ihnen die Ergebnisse seiner Untersuchung gleich im Detail vorstellen.

Zunächst von mir ein paar Vorbemerkungen. Wir erleben es jeden Tag: Nordrhein-Westfalen lebt zunehmend von seiner Substanz. Kaputte Straßen und Schienen, marode Schulen, zu wenig Kitaplätze, mangelnder Wohnraum und unterfinanzierte Krankenhäuser machen den Bürger*innen den Alltag schwer.

Dieser gewaltige Investitionsstau geht zu Lasten der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze. Aber nicht nur das: Auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Demokratie ist gefährdet, wenn der Staat und seine Institutionen nicht mehr als voll handlungsfähig wahrgenommen werden.

Dabei brauchen Wirtschaft und Gesellschaft gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre Sicherheit und verlässliche Perspektiven. Aktuelle Umfrageergebnisse zum Vertrauensverlust in unseren Staat und unsere Demokratie sollten uns zu denken geben und zum Handeln bewegen.

Der DGB NRW hat die vorliegende Studie in Auftrag gegeben, um zu beziffern, wie hoch der Investitionsbedarf in NRW tatsächlich ist. Dabei haben wir die fünf zentralen Bereiche Klima, Infrastruktur, Wohnen, Gesundheitswesen und Bildung untersuchen lassen. Die Wissenschaftler*innen kommen in diesen Feldern auf einen Investitionsbedarf von insgesamt 156 Milliarden Euro, der in den nächsten zehn Jahren in NRW getätigt werden muss.

Um eins klarzustellen: Berechnungsgrundlage ist ausdrücklich nicht der Forderungskatalog des DGB. Dann wäre der Betrag sicherlich noch höher. Und auch Personalkosten sind nicht in die Berechnungen eingeflossen. Die 156 Milliarden umfassen lediglich öffentliche Investitionen, die notwendig sind, damit Politik ihre selbstgesteckten Ziele tatsächlich umsetzen kann. So zum Beispiel Klimaneutralität bis 2045, den Erhalt und Ausbau von Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie den Bau ausreichend vieler Sozialwohnungen. Die minimalen Voraussetzungen also, dass NRW die Mangelverwaltung beendet und auch der nachfolgenden Generation eine gute Zukunft bieten kann.

Die Zahlen zeigen: Die enorme Investitionslücke in unserem Bundesland ist Folge einer verfehlten Haushalts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte. Neoliberale Dogmen wie „privat vor Staat“ und die Einführung der Schuldenbremse haben dazu geführt, dass bei uns zu wenig öffentlich investiert wurde. Unter den westdeutschen Flächenländern hat NRW gar die zweitniedrigste Investitionsquote. Dabei macht unsere Studie deutlich, dass sich notwendige Investitionen in wenigen Jahren selbst finanzieren. Und sie sind meist Voraussetzung dafür, dass private Investitionen überhaupt erst getätigt werden.

Wir brauchen daher dringend einen Paradigmenwechsel. Investitionen dürfen nicht länger als Kosten und Schulden betrachtet werden, sondern sie sind notwendige Finanzierung einer guten und gerechten Zukunft. Herausforderungen wie der Klimawandel, die digitale Transformation, der Fachkräftemangel und eine alternde Gesellschaft können wir nur mit einer modernen Infrastruktur und einem funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystem bewältigen.

Leider ist ein solcher Paradigmenwechsel weder bei der Bundes- noch bei der Landesregierung absehbar. An der Schuldenbremse wird nicht gerüttelt, obwohl sie sich als Zukunftsbremse entpuppt hat. Gleichzeitig gibt es keine nennenswerten Vorstöße, die Einnahmeseite des Staates dauerhaft zu verbessern und so Geld für Investitionen zu generieren. Ich denke dabei an ein gerechteres Steuersystem, das die ganz starken Schultern angemessen einbezieht oder an eine konsequente Stärkung der Tarifbindung, die Milliarden an Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen spülen würde.

Die gute Nachricht ist aber: Selbst, wenn sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht ändern und die Schuldenbremse bestehen bleibt, kann NRW deutlich mehr investieren, als es dies derzeit tut. Auch das zeigt unsere Studie. Rechtlich ist es möglich, kreditfähige, öffentliche Investitions-gesellschaften zu gründen, die Kredite aufnehmen dürfen und nicht der Schuldenbremse unterliegen. Bisher nutzt die Landesregierung diese Gestaltungsmöglichkeiten aber kaum. Zu oft zeigt sie mit dem Finger nach Berlin und tut selbst zu wenig. Ein gutes Beispiel ist die Verschuldung unserer Kommunen; hier hat die Landesregierung immer noch keine tragfähige Lösung vorgelegt. Und auch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die dem Mangel an Sozialwohnungen wirksam entgegenwirkt, ist nicht in Sicht.

Kurzum: Ein „Weiter so“ darf es in NRW nicht geben. Der DGB und seine Gewerkschaften sehen es als ihre Aufgabe, gesellschaftliche Probleme zu benennen, politische Debatten anzustoßen und sich konstruktiv einzubringen. Dazu soll diese Studie einen Beitrag leisten. Denn klar ist: Wir brauchen Zukunftsgestaltung statt Mangelverwaltung!

Vielen Dank, ich übergebe nun an Torsten Windels.